

Artikel vom 13.07.2022

Agrarbericht 2022

## Kaniber: Bäuerliche Familienbetriebe prägen Bayern



Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber hat im Landwirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags den aktuellen Agrarbericht vorgestellt. Angesichts der großen aktuellen Herausforderungen – zunächst die Corona-Pandemie und jetzt Putins Angriffskrieg in der Ukraine – wird die herausragende Bedeutung einer intakten Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft besonders deutlich. Umso wichtiger ist eine solide Datenbasis, um die bayerischen Strukturen einer bäuerlich geprägten Landwirtschaft zu erhalten und zu fördern. Der Bayerische Weg in der Agrarpolitik ermöglicht es, eine produktive Landwirtschaft mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in Einklang zu bringen. „Unsere bayerischen Landwirtinnen und Landwirte können nicht nur Ernährungssicherheit, nein, sie können gleichzeitig auch Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. Das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm ist hierfür ein hervorragendes Beispiel, wie ‚Schützen und Nützen‘ zusammengebracht werden kann“, sagte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber.

In Bayern ist die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor und nachgelagerten Bereichen ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor: Die Umsätze von 179 Milliarden Euro machen rund 14 Prozent der Gesamtumsätze in der bayerischen Wirtschaft aus. Mehr als jeder siebte Arbeitsplatz im Freistaat hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Forstwirtschaft zusammen. Erfreulicherweise bewegt sich auch in diesem Jahr der Strukturwandel in Bayern weiterhin auf einem konstant niedrigen Niveau. 2021 gab es im Freistaat 103.000 registrierte Bauernhöfe mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von rund 30,6 Hektar. Die durchschnittliche Quote der alljährlichen Betriebsaufgaben hat sich bei 0,8 Prozent stabilisiert. „Bayern ist geprägt durch seine kleinen bis mittleren bäuerlichen Familienbetriebe mit Viehhaltung. Wir haben die Strukturen, die sich die

Gesellschaft wünscht. Genau um diese zu erhalten, setzen wir mit unserer Agrarpolitik und den darin enthaltenen Förderprogrammen an“, sagte Kaniber.

Laut Agrarbericht haben die hauptberuflich tätigen Bauern im vergangenen Jahr, gemessen am Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre, einen nur unterdurchschnittlichen Gewinn von 50.600 Euro erwirtschaftet. Gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr 2019/2020, in welchem der Gewinn im Schnitt bei rund 58.900 Euro lag, entspricht dies einem Rückgang um knapp 14 Prozent. Im Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre betrug der Gewinn 54.400 Euro je Unternehmen. Verantwortlich für den starken Gewinnrückgang waren insbesondere geringere Verkaufserlöse für tierische Erzeugnisse. Vor allem die Schweinehalter in Bayern haben die Marktverwerfungen der Corona-Pandemie und der damit einhergehende massive Einbruch der Erzeugerpreise schwer getroffen. Trotz der insgesamt stabilen Betriebszahlen geht vor allem die Tierhaltung in Bayern zurück. Die Ursachen dafür sind nicht zuletzt die grundsätzlich kritische Haltung der neuen Bundesregierung zur Nutztierhaltung und ein kritisches Bild in der öffentlichen Wahrnehmung. „Diese Entwicklung bereitet uns Sorgen und verlangt nach Antworten. Die Tierhaltung ist das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Sie sichert die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln aus heimischer Erzeugung und prägt unser Landschaftsbild. Sie ist für eine krisensichere Kreislaufwirtschaft enorm wichtig. Wir stehen ganz klar hinter unseren Tierhalterinnen und Tierhaltern. Wir versuchen mit Investitionshilfen, Tierwohlprämien, Regionalvermarktungs-Initiativen und Beratungsleistungen zu unterstützen“, so Kaniber.

Das neue Bayerische Tierwohlprogramm „BayProTier“ sei deshalb wegweisend. „Mit ‚BayProTier‘ zeigen wir, dass wir unsere Betriebe mit den steigenden Erwartungen nicht alleine lassen. Wir sorgen dafür, dass die Tierhalter diese auch praktisch umsetzen können. Wir bieten bereits jetzt den Zuchtsauenhaltern und Ferkelaufzüchtern, die ihre Zukunft in einer Nutztierhaltung mit hohen Tierwohlstandards sehen, einen starken Anreiz, sukzessive und vor allem vor dem Ende der gesetzlichen Übergangsfristen, auf mehr Tierwohl umzusteigen.“

Mit Blick auf die angespannte geopolitische Lage wiederholte die Ministerin ihre Forderung an die EU, aber auch an die Bundesregierung, das Thema Ernährungssicherheit auch als strategisches Ziel zu begreifen: „Wir brauchen eine unvoreingenommene Folgenabschätzung der EU-Strategien und der Gemeinsamen Agrarpolitik, um sicherzustellen, dass wir unsere Ernährungssouveränität nicht am Ende aufs Spiel setzen. Putin benutzt Hunger in der Welt als Waffe. Deshalb müssen wir Ernährung als Frage der nationalen Sicherheit begreifen.“